

ABSTIMMUNG AN DER HAUSTÜR

SPIEGEL-Report über Demoskopie und Wählerverhalten

Die Seele des Volkes ist geheimnisvoll.
Konrad Adenauer

Jede Woche wählen ein paar hundert Deutsche einen neuen Bundestag.

Am Telephon oder an der Haustür beantworten jeweils rund 2000 Bürger die Standardfrage: „Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre: Welche Partei würden Sie dann wählen?“ Und Bonner Polit-Bosse warten auf diese Wahlergebnisse fast so gespannt, als seien alle 38 Millionen Stimmbürger zur Urne gegangen.

Die Mikro-Tests sind Veranstaltungen der Demoskopie. Sie wurde zum Führungsinstrument politischer Macht, und in Wahljahren, wenn das Volk die Staatsgewalt neu vergibt, haben die Volksbeschauer ihre große Zeit.

Jene „zwischen Wissenschaft und Geschäft“ (Soziologe Erwin K. Scheuch), Statistik und Psychologie, Wahrheits-suche und Wahrsagerei angesiedelte Methode, Volksempfinden durch Abfragen aktenkundig zu machen, ist längst nicht mehr allein Markt-Pfad-finder für die Wirtschaft und Fakten-lieferant für die empirische Forschung.



Rentner

Sie erschöpft sich nicht mehr in Feststellungen darüber, wie viele deutsche Männer nach Mädchenbeinen gucken (68 Prozent), wie viele deutsche Frauen das Rasierwasser ihres Mannes mitbenutzen (zwei Prozent), wie viele deutsche Mädchen gleich beim ersten Heiratsantrag „ja“ gesagt haben (44 Prozent), oder daß jeder zehnte Deutsche den Michel für das Wahrzeichen der Nation hält.

Die Bundesrepublik, so ermittelte der Werbeleiter Kurt Gayer, ist mittlerweile zur „meistbefragten Nation der Welt“ geworden. Nach den Meldungen von der Volksfront werden Wahlkampfthemen aufgegriffen oder gemieden, wird Deutschlands Wahlmündigen nach dem Mund geredet, stilisieren sich Deutschlands Politiker wählergerecht.

Den Ausgang der Bundestagswahl am 28. September, wie ihn die Demoskopien vorausahnen, legen Bonns Strategen schon jetzt ihren Koalitions-Kalkülen für die nächste Regierung zugrunde.

Seit Monaten lesen die Meinungsforscher aus den Ergebnissen ihrer Stichprobenwahlen fast übereinstimmend heraus, daß sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Christ-, Sozial- und Freidemokraten nicht entscheidend verändern werde. Sie lassen lediglich im ungewissen, ob die rechtsradikale NPD die Fünf-Prozent-Schranke wird überwinden können.

Die Ergebnisse ähneln einander, gleichgültig ob nur die Wahlabsicht der bereits entschlossenen oder auch die vermutete Wahlentscheidung der noch unentschlossenen Wähler berücksichtigt wurde. Für beide Gruppen zusammen meldeten zum Beispiel:

▷ das Münchner Infratest-Institut: CDU/CSU 45 Prozent, SPD 40, FDP neun bis zehn, NPD vier bis sechs;

▷ der Kölner Soziologie-Professor Scheuch aus seinem „Kaffee-Satz“ (Scheuch): CDU/CSU 44 Prozent, SPD 39, FDP acht, NPD sechs, Rest drei;

▷ der Mannheimer Politologie-Professor Rudolf Wildenmann: CDU 42 bis 47 Prozent, SPD 34 bis 38, FDP zwölf, NPD um fünf.

Anders als die andern sah es das Institut für Demoskopie in Allensbach am Bodensee. Es ermittelte im vergangenen Monat folgende Wahlabsicht der bereits Entschlossenen: CDU/CSU 43 Prozent, SPD 46, FDP acht, NPD zwei, Rest eins.

Solche Signale von den „Geigerzählern der Nation“ (Gayer) nimmt das politische Establishment ernst. Nur eine Minderheit hält Umfragen für überflüssig wie der CSU-Bundestags-abgeordnete, Posthalter und Viehhändler Franz Xaver Unertl: „I brauch koa Demoskopie net; wenn i wissen will, was d'Leut denken, geh i in der Pause bei einer Versammlung auf die Toilet't'n und hör zu, was sie da reden.“

Mit dem Titel 304 (Mittel für die Erforschung der öffentlichen Meinung), den Kanzler Kiesinger von jährlich 200 000 Mark auf 370 000 Mark aufgestockt hat, beschaffen sich Kanzler- und Presseamt regelmäßig Stimmungsberichte aus der Bevölkerung.

Denn die Demoskopie hat bewiesen, daß ihre Befunde zumeist in hohem Maße zutreffen. Bei den letzten drei Bundestagswahlen entsprachen die Prognosen zweimal, 1957 und 1961, jeweils mit den geringfügigen Abweichungen von durchschnittlich 1,5 Prozent den späteren Wahlergebnissen.



Hausfrau



Kaufmann



Arzt

Demoskopische Frager, Befragte: „Der Politiker der Gegenwart muß in voller Kenntnis der Ergebnisse“

Allerdings: 1965 registrierten zwei renommierte Institute, Allensbach und Emnid, in den Monaten vor der Wahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD; doch am Ende gewann die CDU mit acht Prozent Vorsprung.

Derartige Pannen nähren die Zweifel an der Verlässlichkeit der Methoden, nach denen Demoskopien ermitteln und die Antworten auswerten. Der Berliner Politologe Professor Kurt Sontheimer glaubt, daß Institute „manchmal schludrig“ arbeiten, der Demoskop Dr. Wolfgang Hartenstein vom Infas-Institut findet die gängigen Untersuchungsmethoden noch „recht grob“, und Gayer konstatiert: „Auch die Tatsache, daß in den Instituten eine Reihe namhafter Wissenschaftler in führender Position tätig sind, vermag die Markt- und Meinungsforschung nicht in den Rang einer Wissenschaft zu erheben.“

Die grundsätzliche Kritik an den Forschern jedoch richtet sich nicht so sehr gegen die vorgelegten Ergebnisse, sondern gegen deren Wirkung. Demoskopische Aussagen über das erwartete Wählerverhalten und die im Volk herrschenden politischen Stimmungen könnten, so die Kritiker, einen zweifachen Rückkopplungseffekt erzielen:

- ▷ Veröffentlichte Prognosen über den Ausgang einer Wahl beeinflussen die Entscheidung der Wähler bei der Stimmabgabe;
- ▷ Berichte über den Volkswillen beeinflussen die Wahlkampf-Führung der Parteien.

Der Publizist Karl Friedrich Fromme erhebt sogar den Vorwurf, mit der Meinungsforschung führten die Parteien ein „Quasi-Plebizit, mindestens der Wirkung nach, durch die Hintertür in unser Verfassungsleben ein, nicht in Form einer permanenten Akklamation durch die öffentliche Meinung, sondern in arithmetisierter, auf den Einzelfall gemünzter Weise“.

Die Allensbacher Hohepriesterin der deutschen Demoskopenschaft, Profes-

sor Elisabeth Noelle-Neumann, sieht darin nicht einmal einen Vorwurf. Im Gegenteil: „Der Politiker der Zukunft, nein, man kann wohl getrost sagen, schon der Politiker der Gegenwart, muß in voller Kenntnis... der Ergebnisse eines laufenden, zwar formal unverbindlichen, aber allgemein beachteten Plebiszits zu handeln in der Lage sein.“

Demoskopiegläubigen Partei-Politikern leuchtet das ein. Sie messen den Umfrage-Ergebnissen soviel Gewicht zu, als habe tatsächlich ein Plebiszit, und dazu ein verbindliches, stattgefunden. Sie lassen sich von Anstößen leiten, die ihnen Demoskopien als den wahren Willen der Bürger verkaufen.

Dabei kann die durch Fragen ermittelte, statistisch aufbereitete und höchst individuell ausgewertete Volksmeinung nur selten ein exaktes Bild liefern oder gar wissenschaftliche Genauigkeit beanspruchen. Auf dem Wege zum fertigen Ergebnis können allzuoft, so der Berliner Politologe Ernst Fraenkel, „soziologische Gourmets oder Stoffhuber... die an einem akuten statistischen Fimmel leiden“, den Gehalt verfälschen.

Vor allem aber kann sich die Demoskopie dem Einwand nicht entziehen, daß sich mit Fragen nach der politischen Meinung allenfalls die Oberfläche ritzen läßt. Die Mehrheit entscheidet zustimmend oder ablehnend — etwa bei der Frage einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie — jeweils aus tiefer liegenden, oft durchaus unpolitischen Motiven, aus Vorurteilen, aus Unkenntnis — davon jedoch macht das demoskopische Resultat nichts sichtbar.

„Aus 40 Prozent Ja, 35 Prozent Nein und einem Rest ‚Ich weiß nicht‘“, urteilt der Freiburger Politologe Professor Wilhelm Hennis, „besteht keine öffentliche Meinung.“

Parteimanager aber gewöhnen sich mehr und mehr daran, Prozente für öffentliche Meinung auszugeben und damit Politik zu treiben. Sie verstärken so den Zug ins Grobschlächtige,

der dem politischen Geschäft ohnehin in einer Massen- und Fernseh-Demokratie anhaftet.

Das eklatanteste Beispiel dafür lieferte Bundeskanzler Kiesinger. Als im Mai dieses Jahres fast alle Experten eine Aufwertung der Mark für dringend notwendig erklärten, bekam Aufwertungs-Gegner Kiesinger ein Umfrage-Ergebnis der Wickert-Institute in die Hand, 87 Prozent der Bundesbürger seien gegen die Aufwertung.

In der ausschlaggebenden Kabinettsitzung benutzte Kiesinger („Ich stehe diesen Meinungsumfragen mit absoluter Gelassenheit gegenüber“) diese Umfrage, deren Stichhaltigkeit zudem noch zweifelhaft war, um sein Veto gegen die von Wirtschaftsminister Schiller geforderte Währungsaktion zu untermauern.

Professor Fraenkel hält deshalb Demoskopie für eine politisch „gefährliche Angelegenheit“. Und sein Kollege Sontheimer warnt, die politische Meinungsforschung verstärke „die strukturelle Unsicherheit unserer Demokratie, deren durch die Verfassung vorgeschriebener Repräsentativcharakter ständig durch den Rekurs auf weitverbreitete vulgär-demokratische plebiszitäre Vorstellungen ins Schwanken gerät“.

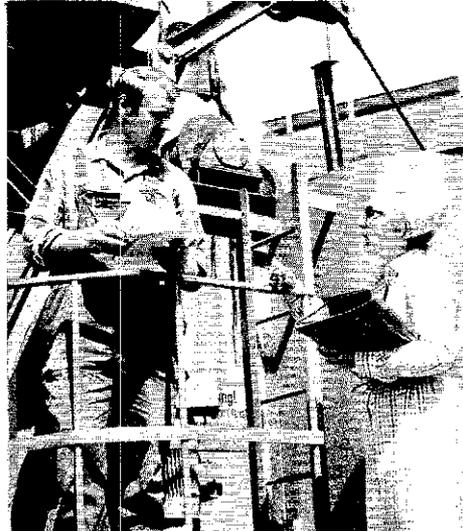
Plebiszit-Ergebnisse liefern die Demoskopien im Wahljahr 1969 den Par-



Bäuerin



Student



Arbeiter



Playboy

eines laufenden, zwar formal unverbindlichen, aber allgemein beachteten Plebiszits handeln“

teistaben laufend und in Massen. Sie alle bestätigten eine im Grunde frustrierende Erkenntnis: Die meisten Stimmberechtigten haben schon viele Monate vor dem Wahltag gewählt.

Rund drei Viertel von ihnen, so ergaben übereinstimmend die regelmäßigen Befragungen, wissen mindestens seit Jahresbeginn, welche Partei sie ankreuzen wollen, und lassen sich auch durch politische Ereignisse und Wahlpropaganda kaum noch von ihrer einmal gefaßten Entscheidung abbringen.

In der Mehrheits-Gruppe der „Entschiedenenen“ (Demoskopien-Terminus) zeigte sich Monat für Monat fast das gleiche Bild: Die beiden Massenparteien jeweils ungefähr gleichauf, die FDP nahe am kritischen Fünf-Prozent-Punkt, die NPD deutlich darunter.

Ähnliche Konstanz beim Großteil des Wahlvolks hatten die Befragter bereits in den letzten drei Wahljahren festge-

los. Immerhin geht aus der Gruppe der rund zehn Millionen Stimmberechtigten, die bis zum Juli dieses Jahres noch keine Wahlabsicht geäußert hatten, der größte Teil doch in die Kabinen. Diese Stimmen können Verschiebungen im Wahlergebnis bewirken, die über Sieg oder Niederlage, über Macht oder Ohnmacht einer Partei entscheidend.

Freilich, dieses Kontingent der noch Unentschlossenen ist keine einheitliche Truppe. Es besteht in der Mehrheit aus Bürgern, die letztlich ihre Wahlentscheidung doch zwangsläufig und erwartungsgemäß aufgrund ihres sozialen Standorts treffen. Nur ein Drittel von ihnen wählt unvorhersehbar.

Es sind die Wechselwähler (englisch: floating voters). Zu ihnen wird gerechnet, wer bei zwei aufeinanderfolgen-

tag ihr volles Gewicht von zwölf Prozent in eine radikale Rechtspartei oder eine radikale Linkspartei einbringen.“

So schlüsselt Allensbach, wie die meisten Institute, die Zauderer nach einer durch Erfahrung ermittelten Faustregel auf: Sie werden im Verhältnis zwei zu eins der CDU/CSU und der SPD zugerechnet. Nach Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung sind manche Institute dazu übergegangen, die Unentschlossenen im Verhältnis drei zu zwei auf die Koalitionsparteien zu verteilen.

Infratest in München allerdings wendet ein verfeinertes Verfahren an. Das Institut stellt den noch Meinungslosen die Zusatzfrage: „Welcher Partei würden Sie noch am ehesten Ihre Stimme geben?“ und versucht so, die bei der Stimmabgabe möglicherweise ausschlaggebende Tendenz zu eruieren.

Die Kardinalfrage des Wahljahres 1969, ob die rechtsradikale NPD in den Bundestag gelangt, ist auch von den Demoskopien nicht schlüssig zu beantworten. Das liegt an zwei methodischen Schwierigkeiten.

Einmal ist die absolute Zahl der NPD-Anhänger unter den Befragten jeweils so gering, daß zuverlässige Umrechnungen auf die Gesamtbevölkerung kaum möglich sind. Zum anderen haben die NPD-Sympathisanten mehr Hemmungen, ihre Anhängerschaft aktenkundig zu machen.

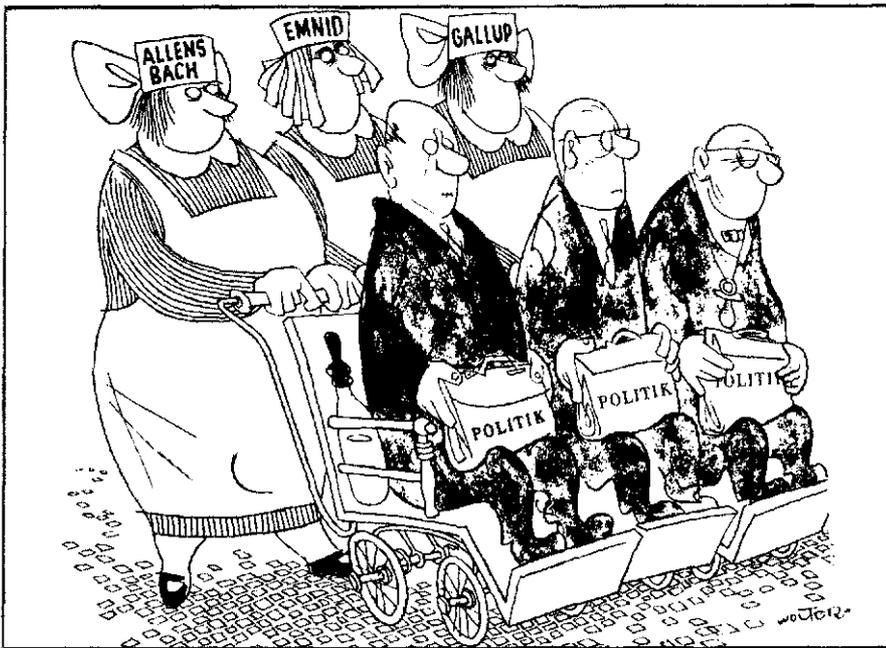
NPD-Führer Adolf von Thadden zieht aus den demoskopischen Prognosen Zuversicht: „Ich habe einfach die Befragungs-Ergebnisse vor den einzelnen Landtagswahlen mit ihren Ist-Ergebnissen verglichen. Und da ist es immer so gewesen, daß das Wahlergebnis die Voraussage um 90 bis 100 Prozent übertraf.“

Da den Parteien die wahlentscheidende Bedeutung von rund vier Millionen Wechselwählern bewußt ist, setzen sie die Demoskopien darauf an, ein möglichst differenziertes Bild von den Meinungen, Wünschen, Sympathien und Antipathien gerade dieser Wählergruppe zu liefern. So lassen sie nicht nur fragen, welche Partei jemand wählt, sondern warum jemand eine bestimmte Partei favorisiert.

Besonders aufmerksam beobachten die Freien Demokraten das Reservoir der Wechselwähler, da ihre Anhängerschaft seit je am stärksten fluktuiert. Emnids Graf Blücher stellte für 1961 fest, daß die Zahl derjenigen, die sich erst während des Wahlkampfes entschieden, bei der FDP mehr als doppelt so groß war wie bei CDU/CSU und SPD.

Auch in diesem Jahr, so analysierte im Auftrag der Liberalen das Godesberger Institut für Politische Planung und Kybernetik (IPK), gab es bereits „starke interne Schwankungen“ in der jeweils für die FDP votierenden Gruppe.

„Seit Oktober letzten Jahres“, so meldete IPK, „nimmt der Anteil von Zuwanderern zur FDP ständig zu. Da gleichzeitig aber auch die Zahl der Ab-



Die Welt

stellt. 1961, so ermittelte Dr. Viggo Graf Blücher vom Emnid-Institut, hatten sich 37 Prozent „lange vor der Wahl“ für eine Partei entschieden, für weitere 36 Prozent stand es gar „schon immer fest“, wen sie wählen würden. Zwei Drittel der Befragten hatten ihre Partei-Präferenz seit der vorhergehenden Wahl nicht mehr geändert, nur ein Sechstel hatte sich einer anderen Partei zugewandt.

Während des eigentlichen Wahlkampfes trafen nur insgesamt 17 Prozent ihre Entscheidung:

- ▷ zehn Prozent drei bis vier Wochen vor der Wahl;
- ▷ fünf Prozent wenige Tage vor der Wahl;
- ▷ zwei Prozent am Wahltag.

Nur jeder fünfzigste Wähler bekannte sich offen dazu, einer Partei seine Stimme aufgrund ihrer Wahlpropaganda gegeben zu haben.

Indes sind die Wahlkampfanstrengungen der Parteien nicht ganz sinn-

den, vergleichbaren Wahlen verschiedene Parteien gewählt oder vor einer Wahl mehrmals seine Stimmabsichten geändert hat.

Der Soziologe Max Kaase stellt den Wechselwählern ein blendendes Zeugnis aus: Ein großer Teil von ihnen stehe in einer „überdurchschnittlich hohen Position im System sozialer Schichtung“, und bemerkenswert viele wiesen ein „hohes politisches Interesse auf“.

Um möglichst genaue Wahlprognosen zu erhalten, haben sich die Demoskopien seit je bemüht, die künftige Wahlentscheidung der noch Unentschlossenen vorauszurechnen. Nach Allensbacher Auffassung verhalten sich die Unentschiedenen am Wahltag nicht viel anders als der Durchschnitt der Entschiedenenen. Erich Peter Neumann, ehemaliges CDU-MdB und Ehemann von „Päpstin Elisabeth“ (Branchen-Slang): „Nichts deutet darauf hin, daß sich Extremisten... als Unentschiedene tarnen und am Wahl-



Demoskopin **Elisabeth Noelle-Neumann**
Risiko-Bereitschaft hat zugenommen

wanderer zunahm, konnte die FDP ihre Position nicht verbessern.“

Womit die FDP Wechselwähler gewinnen könnte, ermittelte das Institut ebenfalls:

- ▷ durch progressive Vorschläge zur Mitbestimmung — rund 90 Prozent der Zuwanderer waren dafür, daß die Gewerkschaften mitbestimmen sollten;
- ▷ durch eine bewegliche Deutschland-Politik — die größte Gruppe der Zuwanderer war dafür, daß die Bundesrepublik die DDR anerkennt;
- ▷ durch Orientierung auf die SPD — unter den Zuwanderern waren die Befürworter einer SPD/FDP-Koalition doppelt so zahlreich wie die Verfechter der Uralt-Koalition CDU/FDP.

Wie kritisch Wechselwähler urteilen, bewies ein weiteres IPK-Ergebnis: Von den neu zur FDP gestoßenen Anhängern hielten nur sieben Prozent die Partei für kompetent zur Lösung wirtschaftlicher Fragen. Fazit der Demoskopien: „Die Zuwanderer kommen also bestimmt nicht wegen der Wirtschaftspolitik zur FDP, eher trotz dieser Wirtschaftspolitik.“

Bei der Masse aller Wähler registrierte Allensbach im Wahljahr 1969 eine „wirkliche Klima-Veränderung“ (siehe Kasten Seite 39). Allerdings bleibt fraglich, ob das gewandelte Klima auch das Wählerverhalten am 28. September deutlich verändern wird. Denn nach wie vor richtet sich das politische Interesse des Durchschnittswählers ganz überwiegend auf Probleme, die er unmittelbar zu seinem privaten Wohlergehen in Beziehung setzen kann. Nach wie vor stehen für ihn allgemeine Wünsche nach Frieden, Wohlstand und Sicherheit oberan, dagegen scheut er politische Detailfragen, die Sachkenntnis und eine begründete Entscheidung zwischen mehreren Alternativen verlangen.

Aus 16 000 Interviews, die das Münchner Infratest-Institut für die SPD führte, ergab sich folgende Rangliste der nach Wählermeinung wichtigsten Probleme:

- ▷ wirtschaftliche Stabilität,
- ▷ Erhaltung des Friedens,
- ▷ bessere Berufs- und Bildungschancen,
- ▷ Schutz der Arbeitsplätze.

Unter den insgesamt 18 vorgelegten „Problem-Gruppen“ rangiert die erste differenziert politische (diplomatische Beziehungen zum Ostblock) erst auf Platz acht, die Anerkennung der DDR fast am Ende auf Platz 13. Die Mitbestimmung wurde gar erst an 16. Stelle eingeordnet.

Wie wenig das Wahlvolk auf noch so wichtige politische Spezialthemen ansprechbar ist, zeigte die Tatsache, daß nur ein Fünftel der Befragten jemals von der Mitbestimmung in der Montan-Industrie gehört hatte und die Mehrheit der irigen Meinung war, die CDU setze sich stärker für die Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages ein als die SPD.

Eine Allensbach-Liste, die allgemeine Probleme mit detaillierten Wählerkürdern mischte, ergab die Rangfolge:

- ▷ solide Ausbildung der Jugend,
- ▷ eine Altersrente, die 75 Prozent des Arbeitsverdienstes beträgt,
- ▷ kostenlose ärztliche Untersuchung für jeden einmal im Jahr,
- ▷ Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse,
- ▷ Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern,
- ▷ Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.

Für alle schwierigeren politischen Detailprobleme, darunter Wiedervereinigung, Abrüstung, Sicherung von West-Berlin, interessierten sich weniger als die Hälfte der Befragten. Schlußlicht: Entwicklungshilfe.

Die NPD beschaffte sich eine Interessen-Liste ihrer Anhänger durch die Aufforderung in ihrer Wahlpostille, Meinungsäußerungen einzusenden. Die Skala der rechten Deutschen sah so aus:

- ▷ Einführung der Todesstrafe,
- ▷ Anhebung der Mindestrenten,

AUSWAHL NACH GEBURTSTAG

Die zwei wichtigsten Verfahren zur Auswahl repräsentativer Stichproben sind das Random- und das Quota-Verfahren.

Die Grundidee der Random-Methode (random, englisch für Zufall): Jeder Angehörige der Bevölkerung muß die gleiche Chance haben, für eine Stichprobe ausgewählt zu werden.

So werden zum Beispiel für das einfache Stichprobenverfahren die Karteikarten eines Einwohneramtes durchnummeriert und — anhand einer „Zufallszahlentafel“ — jeder 1081., 412. oder 6357. Bürger für ein Interview ausgewählt. Beim „systematischen Auswahlverfahren“ etwa wird jede 20. Adresse, beim Schlußzifferverfahren jede Karte mit den Zahlenpaaren 21, 48 oder 73 ausgesucht.

Auch „Buchstabenauswahl“ und „Geburtsstagsverfahren“ gehen von der Hypothese aus, daß „kein Zusammenhang besteht zwischen Anfangsbuchstaben beziehungsweise Geburtstag einerseits und den interessierenden statistischen Merkmalen andererseits“ (Statistiker Hans Kellerer).

Beim Quota-System (Auswahl nach Quoten) wird die Zielperson für die Stichprobe nicht nach dem Zufall gesucht, sondern entsprechend den bereits bekannten statistischen Proportionen der Bevölkerung bestimmt. Da man weiß, wieviel Prozent der Bevölkerung Männer und Frauen sind, in Landgemeinden oder Großstädten wohnen, über oder unter 1000 Mark verdienen, wird für den Interviewer eine sogenannte Quoten-An-

weisung ausgearbeitet, wonach er beispielsweise drei Männer zwischen 30 und 44 Jahren, vier berufstätige Frauen in Kleinstädten, zwei Selbständige mit einem Jahreseinkommen zwischen 20 000 und 30 000 Mark befragen muß.

Innerhalb dieser Quoten kann sich der Interviewer die Befragten frei auswählen.

Beim Panel-Verfahren (panel, englisch für geschlossener Kreis) wird dieselbe statistisch repräsentative Gruppe wiederholt befragt, um beispielsweise Stabilität oder Veränderung einer Verhaltensweise oder einer Parteipräferenz nachzuweisen.

Die aufwendige Random-Stichprobe (Adressaten sind möglicherweise erst nach mehreren Versuchen anzutreffen) kommt dem wahrscheinlichkeits-theoretischen Modell am nächsten, weil subjektive Einflüsse soweit wie möglich ausgeschaltet sind. Kritiker bemängeln jedoch, daß sich höchstens 85 Prozent der Ausgesuchten interviewen lassen und somit eine mathematisch genaue Berechenbarkeit der Fehlerspanne in Frage gestellt ist. Da beim Random-Verfahren auch die für Interviews gewünschte Anonymität fehle (die Ausgewählten sind den Instituten namentlich bekannt), könnten Antworten auf heikle Fragen verfälscht sein.

Das Quota-Verfahren steht und fällt mit der Berufs-Moral der Interviewer. Manche von ihnen zum Beispiel steigen nicht gern in obere Stockwerke, andere wiederum füllen den Fragebogen bei sich zu Hause aus.



Wählerinteressen **Ausbildung, Gesundheit:** „Weniger philobatisch, mehr oknophil“

- ▷ harter Kampf gegen Korruption,
- ▷ für Recht, Ordnung und Sicherheit,
- ▷ mehr Hilfe und Unterstützung für arme und alte Menschen,
- ▷ für die Vertretung nationaler Interessen.

Ferner standen auf der Liste Wünsche wie „Gesetze für die Sauberkeit des Lebens und Stopp der Sex-Welle“ oder „für eine Stärkung der Polizei mit mehr Machtbefugnissen“.

Aus solchen Hit-Paraden destillieren die Parteien ihre Wahlparolen. Wahlanzeige der CDU 1969: „Sicherheit des Arbeitsplatzes“, „Stabilität unseres Geldes“, „Recht und Ordnung in unserem Lande“, „Erhaltung des Friedens“. Zur besseren Zielsprache versuchen sie, mit Hilfe der Demoskopie das Persönlichkeitsbild des jeweils für eine Partei typischen Wählers aus der Masse herauszufiltern — wobei modische Pop-Psychologie gelegentlich grotesk zum Zuge kommt.

So fertigte das Frankfurter Divo-Institut im Auftrag der Psychosomatischen Universitätsklinik Gießen eine Typologie des Standardwählers von CDU/CSU, SPD, FDP, NPD und der Nichtwähler an.

Danach sieht sich der typische FDP-Anhänger „als einen Menschen, der sich in der Gruppe mit einem gewissen Ehrgeiz und einer Tendenz zum Dominieren zur Geltung zu bringen sucht“. Er geht „nicht leicht nahe an andere heran“, zeigt „verhältnismäßig wenig von seinen Liebesbedürfnissen“ und erwartet, „daß man ihn für wertvoll halte“.

Der typische SPD-Wähler, so fand man in Gießen, ist dem CDU/CSU-Wähler „recht ähnlich“. Er betont „am stärksten seine Geselligkeit“, hält sich weder für „ausgeprägt wertvoll“ noch

* Guillotine, mit der während des Dritten Reiches Hinrichtungen in Zellen vorgenommen wurden.

** Philobatisch: risikofreudig; oknophil: ängstlich.

für „ausgeprägt minderwertig“ und ist „weniger phantasiereich“ als der FDP-Typ.

Der Standardwähler der CDU „schildert sich als ziemlich ängstlich“, ist „im Umgang mit dem anderen Geschlecht weniger unbefangen als der FDP-Wähler“, gibt aber „verhältnismäßig viel von sich preis“ und hat es „weniger schwer, aus sich herauszugehen“.

Als Charakter-Schema der NPD-Freunde ermittelten die Kliniker, sie hielten sich für „kämpferische Außenseiter“, die „besonders häufig in Auseinandersetzungen mit anderen Menschen“ geraten. Der NPD-Wähler legt „auf schönes Aussehen kaum Wert“ und ist „besonders intensiv erlebnisfähig in der Liebe“.

Derartige Untersuchungen der „Tiefenboys“ (Branchen-Slang für Motivforscher) stellen freilich ein Extrem demoskopischer Wahlkampfhilfe dar. Gemeinhin hat sie den Auftrag, das Wahlvolk weniger minuziös nach Konfession, Bildung, Einkommen, soziologischem Umfeld oder regionalen Eigenheiten zu ordnen.



Konsequenzen aus dem angelieferten Material überlassen die Demoskopisten nicht immer ihren Klienten; gelegentlich geben sie ihren Rat gleich mit.

Der SPD beispielsweise empfahlen Münchner Demoskopisten, den Professor Schiller auf mittlere Angestellte sowie Angehörige mittlerer und höherer Einkommen anzusprechen, da er bei ihnen gut ankomme. Helmut Schmidt solle vor Facharbeitern und Angestellten auftreten, deren Sympathie für ihn größer sei als die der ungelerten und angelernten Arbeiter.

Weiterer Demoskopien-Tip für die Genossen: den im Volk geachteten Kanzler Kiesinger im Wahlkampf nicht zu hart anzugehen. Attacken auf den Kanzler könnten auf den Angreifer zurückschlagen und das frühere Proletarier-Image der Sozialdemokraten reaktivieren sowie das durch die Große Koalition gewonnene Ansehen, regierungsfähig zu sein, aufs Spiel setzen.

Zum Abschluß gaben die Meinungsforscher einzig Rainer Barzel frei, weil bei ihm „die ablehnende Haltung der Wähler ausreichend gesichert ist“.

So vielfältig ist die von den Parteien entfesselte Flut der Mitteilungen über Deutschlands Wähler, daß die Auftraggeber darin gelegentlich ins Schwimmen geraten. Einen „Koalitionswähler“ entdeckte zum Beispiel die Psychosomatische Klinik Gießen, der „weniger philobatisch und mehr oknophil**“ sei als der FDP-Wähler.

Oder: 63 Prozent der CDU-Anhänger interessieren sich nach Allensbach „nicht besonders“ oder „gar nicht“ für Politik, gleichwohl gaben 76 Prozent von ihnen zur Frage nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie dezidierte Meinung zu Protokoll (24 Prozent für Anerkennung, 52 Prozent dagegen).

Oder: 37 Prozent aller Wähler finden die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik „nicht gerecht“; aber nur 28 Prozent nannten unter „drei politischen Wünschen“ den, daß



NPD-Wählerinteressen **Todesstrafe*, Sex-Welle:** „Intensiv erlebnisfähig in der Liebe“

„mehr für die Vermögensbildung der Arbeiter und Angestellten getan wird“, nur acht Prozent wollten „möglichst schnell steigende Löhne für alle Arbeiter und Angestellten“.

Zweifel daran, wie weit demoskopische Feststellungen überhaupt brauchbar sind, haben die stille Macht ergreifung des Gewerbes zwar nicht verhindern können, machen ihm aber seit je zu schaffen. Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger warnte vor den „Wahrheiten, welche die Zauberkladde kundtut... Wer sie ernst nimmt, der tut es auf eigene Gefahr“.

Vor zwei Monaten ließ Allensbach zum Beispiel zwischen den Aussagen wählen:

▷ „Ich bin sicher, daß West-Berlin dem Osten nicht überlassen wird. Es gibt zwar immer wieder gefährliche Situationen, aber der Osten wird West-Berlin nicht bekommen.“

▷ „Ich habe das Gefühl, daß West-Berlin früher oder später doch dem Osten überlassen werden muß; daran ist nicht viel zu ändern, so sehr man sich auch anstrengt, das zu verhindern.“

Diese Alternative, die einen undefinierten „Osten“ in ständiger Bereitschaft zum Zugriff auf West-Berlin suggeriert, entsprach etwa dem, was Enzensberger „Musterbeispiel für gezinkte Fragestellung“ nannte: „Man nehme suggestiv Phrasen, unbewiesene Voraussetzungen und sachliche Unrichtigkeiten zu gleichen Teilen und vermische das Ganze zu einem ideologischen Quark. Das Resultat wird todsicher sein und keinerlei Interesse verdienen.“

Resultat in diesem Fall: 70 Prozent waren sicher, 15 Prozent hatten das Gefühl.

Und selbst bei ungezinkten Fragen kann die Antwort verfälscht sein. Der amerikanische Motivforscher Pierre Martineau: „Wenn man Leute befragt, erhält man zwar auf präzise Fragen genaue Antworten. Diese Antworten sind aber meistens falsch. Der Befragte bemüht sich, eine nach seiner Meinung möglichst vernünftige Antwort zu geben, ohne sich bewußt zu werden, daß die Antwort oft nicht mit seiner tatsächlichen Meinung übereinstimmt.“

Fragen zu stellen, so Professor Henning, „auf die mit voraussehbarer Gewißheit ein erheblicher Teil der Befragten nur mit einem verlegenen Achselzucken, beschämtem Nichtwissen oder — um nur ja nicht als ‚meinungslos‘ dazustehen — mit etwas schnell Dahergeredetem aufwarten kann, ist im gewöhnlichen Leben das Vorrecht von Kindern, unter Erwachsenen das der Taktlosen“.

Versuche an der Universität Michigan ergaben, daß Meinungstests mit den gleichen, aber unterschiedlich formulierten Fragen im Ergebnis bis zu 25 Prozent voneinander abwichen.

Der Vulgär-Einwand gegen die Demoskopie freilich, die geringe Zahl der jeweils Gefragten lasse keinen Rück-



Meinungsforscher Wildenmann
„Diese Antworten ...“

schluß auf größere Gruppen oder gar das ganze Volk zu, ist nicht stichhaltig. Der Amerikaner George Gallup, 68, Vater der modernen demoskopischen Methodik, erläutert: „Um zu wissen, was ganz Amerika über eine bestimmte Sache denkt, brauchen wir nicht mehr als 1500 bis 1800 Leute zu fragen. Die Befragung einer größeren Zahl brächte nur noch einen solch geringen Zuwachs an Genauigkeit, daß sie sich einfach nicht lohnt.“

Die Volksbefrager haben Erhebungstechniken entwickelt, bei denen gegebenenfalls schon wenige hundert Personen genügen, um repräsentative Aussagen zu erhalten (siehe Kasten Seite 36).

Als optimale Zahl von Befragten ermittelten die Mathematiker 2000. Nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung produziert zum Beispiel 2000mal Würfeln jede Zahl rund 333mal. Soziologe Gayer über die magische Größe 2000: „Sie bringt mit verblüffender Genauigkeit den angepeilten rechnerischen Mittelwert.“

Mittels Stichprobe den Volkswillen kennenzulernen, hat die Regierenden seit je fasziniert, und die moderne Mathematik brachte es zuwege. Vor fast 200 Jahren bereits konstatierte die französische Schriftstellerin Madame de Staël: „Die Entwicklung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und der Statistik macht es möglich, das durchschnittliche menschliche Verhalten... zu bestimmen und vorauszusagen.“

Wenig später entdeckte der belgische Naturforscher Lambert Adolphe Jacques Quetelet bei Arbeiten über Moral- und Kriminalstatistiken den „mittleren Menschen“ und verteidigte sich gegen Kritiker: „Muß ich die ganze Flasche leertrinken, um die Güte des Weins zu beurteilen?“

In politischer Demoskopie versuchten sich 1824 erstmals amerikanische Zeitungen. Sie führten die „strawpolls“ (Strohahlen) ein, die darin bestanden, daß die Abonnenten einen

Coupon mit ihrer Wahlabsicht an die Redaktionen schickten.

Seit 1916 erstellte die amerikanische Zeitschrift „Literary Digest“ regelmäßig Wahlprognosen. Aufgrund schriftlicher Befragungen von Fernsprechteilnehmern und Autobesitzern sagte das Blatt den nächsten Wahlausgang voraus. Aber bei den Präsidentschaftswahlen von 1936 erlebte es seinen Reifall: Trotz Auswertung von 2,38 Millionen Antworten verschätzte sich die Redaktion um 20 Prozent. Der Grund: Fernsprechteilnehmer und Autobesitzer sind für die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ.

Gegen spektakuläre Pannen sind auch die Meinungsforscher nicht gefeit, die nach exakteren Methoden arbeiten. George Gallup, der sein Institute of Public Opinion 1935 gegründet hatte, sagte 1948 einen Sieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Thomas Dewey über Präsident Harry S. Truman mit 49,2 zu 44,2 Prozent voraus. „Weltweites Hohngelächter“ (Gayer) gab es nach der Auszählung: Truman erhielt 49,5 Prozent, Dewey 45,1.

Als Ursache der Gallup-Pleite ermittelten Wissenschaftler, der Wähler habe seine Meinung noch geändert, als Gallup die Umfrage schon abgeschlossen hatte, und überdies habe die Gruppe der Befragten nicht mehr der veränderten Gesellschaftsstruktur entsprochen.

Über die Hintergründe der „bisher grausamsten Panne“ (Gayer) deutscher Demoskopien — monatelang und bis wenige Tage vor der Wahl 1965 hatten Allensbach und Emnid ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/CSU und SPD gemeldet — herrscht bis heute Uneinigkeit. Elisabeth Noelle-Neumann zwei Wochen vor der Wahl: „Ich würde mich nicht wundern, wenn die SPD gewänne.“

Der damalige Chef des Bielefelder Emnid-Instituts, Karl-Georg Freiherr von Stackelberg, versiegelte zwei Tage vor dem Urnengang bei dem Bonner Notar Hans Daniels seine Voraussage



Demoskopie-Kritiker Hennis
... sind aber meistens falsch“



Perlen des Kamerabaus für Sie!

mamiya-Kameras sind Kostbarkeiten unter den besten Spiegelreflexkameras der Welt. Zukunftweisend in der Technik – unübertroffen in der Präzision – hervorragend in Form und Aussehen: Mit einer mamiya-Kamera gehören Sie nicht mehr zu den „Auch-Fotografen“. Leisten Sie sich eine solche Perle – Sie können es! Fragen Sie Ihren Fotohändler nach mamiya-Kameras – Perlen des Kamerabaus.



OS&P

mamiya/sekor



Erste und einzige Kleinbild-Spiegelreflexkameras mit zwei voneinander unabhängigen CdS-Meßsystemen – selbstverständlich durch das Objektiv.

letzter Hand: CDU und SPD erhalten je 45 Prozent der Stimmen.

Als Ludwig Erhards Christenunion mit 47,6 Prozent gesiegt und die SPD um mehr als acht Prozent geschlagen hatte, urteilte FDP-Chef Erich Mende: „Einer hat heute Ohrfeigen gekriegt: die Institute.“

Die Professorin vom Bodensee allerdings konnte nach der Wahl ebenfalls eine bis dahin unveröffentlichte, allerletzte Prognose vorweisen, und die (CDU/CSU 49,5 Prozent, SPD 38,5 Prozent) kam relativ nahe an das echte Ergebnis heran.

Beide, Ennid wie Allensbach, schieben ihre Fehl Voraussagen auf einen massiven Umschwung der Wählermeinung in letzter Minute – den freilich hatte es nach den Ergebnissen anderer Institute nicht gegeben und konnte es auch angesichts der langfristigen Beständigkeit des Wählerverhaltens kaum geben. Dennoch entschuldigte sich Stackelberg: „Wir ha-

Staatsrecht, begründete die Vorladung: „Es ist mein Eindruck, daß durch... Prognosen Einfluß auf die freie Entscheidung des Wählers genommen, daß also ein gewisser Zwang auf ihn ausgeübt wird.“

Das ist in der Tat ein verbreiteter Eindruck und ein Haupteinwand gegen die massierte Prophetie im Wahljahr. Amerikanische Soziologen prägen für die vermuteten Rückwirkungen auf das Wählerverhalten die Schlagworte „band wagon effect“ und „underdog effect“.

Sie besagen: Meldungen über den sicheren Vorsprung einer Partei können unentschlossene Wähler dazu bringen, auf den „Musikwagen“ (band wagon) zu springen; umgekehrt können sie Wählersympathie für den anscheinend Unterlegenen (underdog) mobilisieren.

Die Unentschlossenen, so konstatiert Gayer, die ursprünglich darauf einge-



Demoskopisches Institut Allensbach: „Geigerzähler der Nation“

ben den Fehler gemacht, daß wir 14 Tage vor der Wahl bereits abgeschlossen haben.“

Indes, Wolfgang Hartenstein vom Infas-Institut sieht bei prognostischen Pannen „andere methodische Schwierigkeiten“ am Werk. So lasse sich die Höhe der Wahlbeteiligung aus Umfragen nicht ableiten, und vor allem bestehe zwischen der Antwort auf eine Interviewer-Frage und dem Ankreuzen des Stimmzettels am Wahltag „ein erheblicher sozialpsychologischer Unterschied“.

„Keine der gängigen Fragestellungen“, so Hartenstein, „kann die Realität des Wahllokals herbeizaubern.“ Daher sei „der Schluß von den Stimmungen vor der Wahl auf die Stimmen bei der Wahl ein Kurzschluß“.

Das Demoskopien-Debakel von 1965 hatte ein Nachspiel. Im Sommer 1966 mußten im Bonner Innenministerium Vertreter der Institute Allensbach, Divo, Infas und Infratest bei Staatssekretär Hans Schäfer antreten. Ministerialdirigent Josef Kölbl, Leiter der Unterabteilung Verfassung und

stellt seien, „einer ihnen sympathisch erscheinenden Partei ihre Stimme zu geben, ändern – irritiert von Umfrage-Ergebnissen – ihren Vorsatz, weil es ja offensichtlich sowieso keinen Zweck hat, gerade diese Partei anzukreuzen“.

Noch weitere Effekte sind denkbar, und sie könnten bei der Wahl von 1965 eine Rolle gespielt haben. Schadenfroh verriet Josef Hermann Dufhues, damals CDU-Geschäftsführer, nach der Wahl, das Kopf-an-Kopf-Gerede sei eine List gewesen, um bequeme Bürger, die sonst nicht gewählt hätten, mit der Drohung einer roten Machtübernahme an die Urnen zu treiben.

FDP-Chef Mende glaubte ebenfalls an diese Rückwirkung und hielt für erwiesen, daß bürgerliche Wähler, statt für die FDP zu stimmen, lieber der CDU zu Hilfe geeilt seien. „Am schlimmsten benahm sich Allensbach. Das hat noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen prophezeit, als es schon lange das Gegenteil wußte. Die tendenziöse Mei-



Demoskopien Noelle-Neumann, Stackelberg, Gallup: Ohrfeigen gekriegt

nungsmache hat uns schwer geschadet."

Beim Sühnetermin im Bonner Innenministerium stritten die Volksbefragter ab, daß ihre Prognosen die Wähler beeinflussen könnten.

Zum Beweis ihrer Unschuld führen Demoskopien gern die amerikanischen Präsidentschaftswahlen an. In den USA kennen die Wähler an der Westküste bereits drei Stunden vor Schließung ihrer Wahllokale die Hochrechnungen von der Ostküste. Befragungen ergaben gleichwohl, daß davon kein signifikanter Einfluß auf das Wählerverhalten ausgeht.

Überdies, so stellten die Befragter fest, haben die Bürger auch ohne Demoskopie eine präzise Vorstellung vom späteren Wahlausgang. Laut Hartenstein ist jeweils kurz vor der Wahl „eine klare Mehrheit imstande, einen richtigen Tip auf den Sieger abzugeben“. Sogar im Sommer 1965 hätten die meisten Befragten entgegen den de-

moskopischen Meldungen „ungerührt“ (Hartenstein) und korrekt einen CDU-Sieg vorausgesagt.

Elisabeth Noelle-Neumann nennt dieses Gespür „ein geheimes statistisches Organ, das mitzählt, wie viele Bekannte sagten, sie wählten diese oder jene Partei“. In diesem Sommer, so ermittelte die Professorin, produziert das geheime Organ wiederum die Vorausmeldung von einem glatten CDU-Sieg.

Im Bundesinnenministerium beugte sich 1966 Staatssekretär Schäfer den massierten Demoskopie-Argumenten gegen den Verdacht der Manipulation mittels Vorhersagen: „Es scheint bei unseren Gästen ein Konsensus zu bestehen, daß die Prognosen-Veröffentlichung ohne Einfluß auf die Wähler bleibt.“ So wolle er denn auf „gesetzliche Maßnahmen“ verzichten. Schäfer: „Ein Gesetz wäre wohl auch keine adäquate Form, um ein solches Problem zu lösen.“



Demoskopie-Objekte Schiller, Barzel: Argwohn erregt

Der Konsensus ist allerdings nicht einmal unter Demoskopien allgemein. Hartenstein: „Es ist nicht bewiesen und nachweisbar, daß von Wahlprognosen kein Effekt ausgeht.“

Auch Politiker halten das nach wie vor nicht für bewiesen. Die ständigen Strohwahl-Ergebnisse der Demoskopie, soweit sie im Parteauftrag ermittelt werden, gelten auch in diesem Jahr teils als geheime Verschlussaachen, teils als Wahlkampfaffen — je nachdem, ob sie für parteischädlich oder parteinützlich gehalten werden.

Die Parteizentralen von CDU wie CSU beispielsweise lehnten es „nach reiflicher Überlegung“ (CSU-Pressereferent Dieter Kiehl) ab, dem SPIEGEL Auskunft über ihre demoskopischen Bemühungen und deren Resultate zu geben. Politologe Hennis spottet über solche „Sekretierung“: „Die angeblich doch ‚öffentliche‘ Meinung als geheime Bundesbeziehungsweise Parteisache ist ein der Phantasie eines George Orwell würdiges Phänomen.“

Die Veröffentlichungen unabhängiger Stimmzähler, die an keine Pflicht zur Verschwiegenheit gebunden sind, ernten den vehementen Protest jener Parteien, die sich durch das Material benachteiligt fühlen.

So zum Beispiel Anfang Mai, als Professor Wildenmann in einem Interview mit der „Welt“ die Ansicht vertrat, daß die CDU/CSU ihren gegenwärtigen Acht-Prozent-Vorsprung vor den Sozialdemokraten bis zur Bundestagswahl halten würde.

Die Sozialdemokraten reagierten giftig. Der ihnen nahestehende „Parlamentarisch-Politische Pressedienst“ schmähte den Professor, der in Wahl Nächten regelmäßig für das Zweite Deutsche Fernsehen Ergebnisse analysiert, er habe „seinen Anspruch auf Objektivität“ verloren und sich einer „eindeutigen Manipulation“ schuldig gemacht. Und SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski erinnerte daran, daß Wildenmann vor der Bundestagswahl 1965 die Zahl der Unionsabgeordneten um zehn Mandate zu hoch, die der SPD dagegen um zwölf zu niedrig angesetzt hatte.

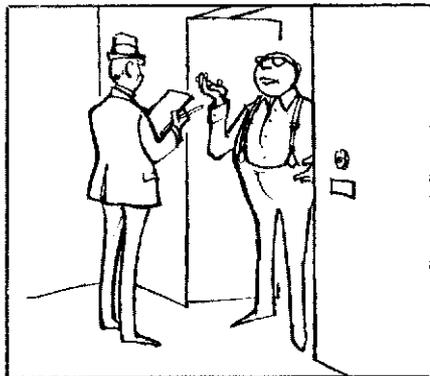
Sogar die schnurrigsten Wahlpropheten geraten unter Feuer, wenn ihre Orakel einer Partei unangenehm sind. Dr. Manfred Koch aus dem Bundespresseamt hatte unlängst „Kochs Gesetz“ erlassen, nach dem die SPD weder diese noch irgendeine künftige Bundestagswahl gewinnen könne. Koch hatte sein Gesetz unter anderem aus dem Umstand abgeleitet, daß die zweitgrößte deutsche Zigarettenmarke „Ernte 23“ den Spitzenreiter „HB“ noch nie überrundet hat.

Dr. Koch: „Auf einem Markt, auf dem mehrere Marken angeboten werden, kann die zweitgrößte Marke die größte nicht überholen. Oder (auf politischem Gebiet): Wenn nach Verhältniswahl gewählt wird, kann die zweitgrößte Partei die größte an Stimmzahl nicht übertreffen.“

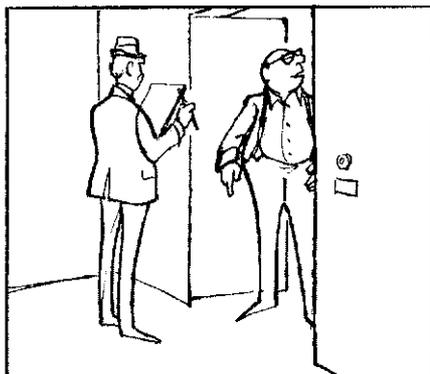
Obwohl der irrelevante Vergleich zwischen „Ernte 23“ und der SPD eher zu gelassenem Spott Anlaß gab, nahm

ihn Wischniewski ernst: „Ein Mitarbeiter des Presseamts muß sich darüber im klaren sein, daß so etwas immer wie eine offizielle Aussage wirkt.“

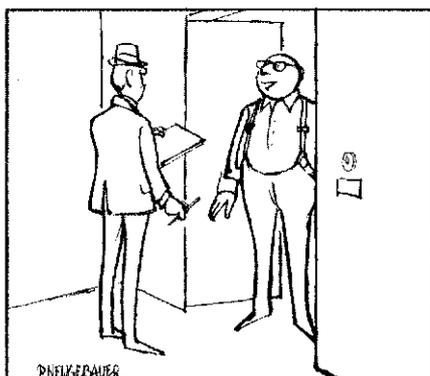
Für so brisant halten die Demoskopien den Vorwurf, sie manipulierten die Wähler durch ihre Prognosen, daß die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Marktforschungs-Institute“, der die meisten der großen Befragungsunternehmen angehören, in diesem Jahr erstmals eine Veröffentlichungssperre vereinbarte. Von Mitte Juli an gaben die Institute keine Prognosen mehr bekannt.



„Nach eingehender Analyse — auch aller schwierigen politischen Detailprobleme — unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Stabilität, der Sauberkeit im öffentlichen Leben kommt für meine Frau und mich nur die CDP — äh — die SPU, Sie wissen schon, in Frage ...



... oder aber auch die andere — wie heißt sie gleich noch — Gerda? ...



... ach ja, DASHI“

Bei den Parteizentralen allerdings wird das Demoskopien-Dossier über den deutschen Wähler auch bis zum 28. September weiter anschwellen, und was die Wahlstrategen mit diesem „Herrschaftswissen“ (Sonthheimer) anfangen, hat seit je Argwohn erregt.

Die schärfste Kritik an der Verträglichkeit von Demoskopie und repräsentativer Demokratie hat Wilhelm Hennis formuliert. Der streitbare SPD-Genosse hält nichts von den Versicherungen der Demoskopien, sie wollten keinen „kontinuierlichen Volksentscheid“ an die Stelle von „Arbeit und Abstimmung der Parlamente“ (Allensbach) setzen.

Dagegen Hennis: „Die auf kommerzieller Grundlage arbeitenden Institute sind abhängig von ihren... politischen Auftraggebern, die sehr wohl ein Interesse daran haben können, die Ergebnisse der Polls ‚im Namen des Volkes‘ gegen die Auffassung der verfassungsmäßigen Repräsentanten auszuspielen.“

Ehe der Wahlkampf noch voll in Gang gekommen ist, beeinflussen die demoskopischen Voraussagen des Ergebnisses bereits manche Planungen der Bonner Polit-Prominenz für die Regierungsbildung. Die Parteispitzen akzeptieren die Meldungen der Meinungsforscher, daß es zu einem Erdbeben nicht kommen wird — Professorin Noelle-Neumann steht mit ihrem Umfrage-Ergebnis über einen Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU weithin allein.

Damit ergibt sich zwei Monate vor der Wahl — mit und ohne Demoskopie — folgendes Bild: geringe Aussicht für das Heinemann-Bündnis aus SPD und FDP; wachsende Unsicherheit über die Chancen der NPD, in den Bundestag einzuziehen; damit verstärkte Aussicht der CDU/CSU (wenn auch keinesfalls eine Gewähr) auf die absolute Mehrheit. Mit und ohne absolute Mehrheit aber würden die Unionsparteien die Last der nächsten Legislaturperiode sicherlich gern teilen wollen: sei es durch die Fortsetzung der Großen Koalition, sei es durch eine Wiederbelebung des Bürgerbündnisses mit den Freien Demokraten.

Dieses Bild ist für niemanden rosig, aber für die FDP besonders düster: Entzieht sie sich dem Werben der CDU/CSU, so mobilisiert sie die Neigung der Kiesinger-Partei für ein Mehrheitswahlrecht; liefert sie sich dem Vampirismus der CDU-Partnerschaft aus, so handelt sie sich den scharfen internen Konflikt zwischen ihren Linken und Rechten ein.

Wie auch immer: Die Volksbeschau hat den für eine Demokratie grundlegenden Wahlakt denaturiert, indem sie ihn vorwegnimmt und, so Professor Hennis, „zu jedem Zeitpunkt Aufschluß verspricht über den prozentualen Anteil, den die einzelnen Parteien in der Wählerschaft verbuchen können“.

Der Freiburger Politologe resümiert: „Die Meinungsforschung fördert und beschleunigt den Prozeß des Abbaus der tragenden Grundlagen der repräsentativen Demokratie.“

Sie wollen Ihr Geld sicher und einträglich anlegen?



Ein Zinssatz von **9%** spricht für sich selbst!

Kosten haben Sie keine, dagegen bankmäßige Absicherung Ihrer Anlagegelder und doch keine Spesen.

Ihre vierteljährlich anfallenden hohen Zinsträge können Sie selbstverständlich auch weiterinvestieren und so sehr schnell zu einem beträchtlichen Kapitalzuwachs kommen. Bei alledem keine Kursschwankungen, kein Wechselkursrisiko, keine Bearbeitungs-, An- und Verkaufs- und Verwaltungskosten, keine Provisionen!

Über die Einzelheiten informiere ich Sie gern völlig unverbindlich.

Dr. V. Halm GmbH
FINANZBERATUNG

4 Düsseldorf, Tonhallenstr. 11, Tel. 36 48 57

Mädler's Bordcase

außen klein
innen groß

zum Mitnehmen
in die Kabine

ab DM 42,50
bis DM 294,-



MÄDLER

Erhältlich in den Mädler-Filialen
und im Fachhandel